

Eine kopflose Politik der WIDERSPRÜCHE und das nur, um Wahlen zu gewinnen !

Bei der Analyse der im Abstimmungskampf durch die links-grünen Gegner der drei Agrarvorlagen ins Feld geführten Argumente, welche auf Schlagworten und Unwahrheiten sowie anonymen Aussagen und Zahlen beruhen, stellt sich die zentrale Frage, ob diese Kreise überhaupt fähig sind, zukunftsweisende und kohärente Weichen in der Agrarpolitik zu stellen.

Mit populistischen und perfiden Behauptungen, die auf SP-eigenen "Studien" basieren, wird ein politischer Rundumschlag veranstaltet. Damit wird ein ganzer Berufsstand bei der Bevölkerung in Misskredit gebracht.

Ist dieser Preis angesichts der entscheidenden Bedeutung der Vorlagen für die Zukunft der inländischen Landwirtschaft nicht zu hoch, nur um die Profilierungssucht gewisser Exponenten aus dem gegnerischen Lager zu befriedigen?

Dieses bedenkliche Argumentationsniveau verstrickt sich in die verschiedensten Widersprüchlichkeiten.

Sind so Wahlen zu gewinnen?

Widersprüche von A bis Z!

Die Gegner ...



Die Gegner ...

... verlangen Vollbeschäftigung und Konjunkturprogramme des Bundes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

... kritisieren, dass von der subventionierten Landwirtschaft die Dünger- und Maschinenhändler, das Baugewerbe, die Banken usw. profitieren.

Widerspruch "Arbeitslosigkeit"



... ziehen die ganze schweizerische Ernährungswirtschaft in Misskredit und gefährden damit rund 300'000 Arbeitsplätze.

... beklagen die hohe Zahl von Arbeitslosen und die Abwanderung von Arbeitsplätzen ins Ausland und auf der anderen Seite diskreditieren sie in einem Rundumschlag gewisse Branchen unserer Wirtschaft.

... behaupten, dass die Landwirtschaft den Bundeshaushalt zu stark belastet.

Widerspruch "Ausgaben"



... verschweigen, dass der Anteil der Landwirtschaft an den Bundesausgaben kontinuierlich von 10.4 % (1970) auf 8.4 % (1993) gesunken ist.

... (Coop) wollen nur noch Bio-Produkte zu normalen Preisen (ver)kaufen. Die Mehrkosten von Produktion, Verarbeitung usw. sollen dem Steuerzahler überbunden werden. Der Konsument wird aus der direkten Verantwortung für eine gesunde Umwelt entlassen.

... kritisieren die hohen Kosten der Milchrechnung.

... verschweigen, dass die Revision des MWB gerade zur Entlastung der Milchrechnung beiträgt und die Milchrechnung 1993/94 gegenüber der Vorperiode um 145 Mio. Franken reduziert wurde.

... behaupten, dass die inländischen Nahrungsmittelpreise für die Konsumenten zu hoch sind.

... unterschlagen dabei folgende statistische Fakten:

- Bezogen auf die Kaufkraft der Löhne werden die Nahrungsmittel gesamthaft immer billiger. Um mit dem Lohn die gleiche Menge Nahrungsmittel kaufen zu können, musste 1994 19 % weniger lang gearbeitet werden als noch vor 7 Jahren.
- Der Ausgabenanteil der privaten Haushalte für Nahrungsmittel sank im Zeitraum 1950-1992 kontinuierlich von rund 33 % auf 9 %.
- In Zürich muss für einen Korb mit 39 Nahrungsmitteln 25 Stunden gearbeitet werden. In Genf sind es 30, in Paris 37, in Tokio 70 und in Singapur 137 Arbeitsstunden.

... brandmarken die aufgeblähte Agrarbürokratie.

Widerspruch "Bürokratie"



... würden mit der Idee "Bio-Land-Schweiz" eine immense Verstärkung der Kontrollbürokratie verursachen. Detaillierte staatliche Produktionsvorschriften sowie zahlreiche Gebote und Verbote müssten durch die Behörden kontrolliert werden (Öko-Dirigismus; Orwell lässt grüssen ...).

... waren in der Vergangenheit gerade diejenigen Kreise, welche mit ihren politischen Interventionen (vermehrte Auflagen und Vorschriften) dafür gesorgt haben, dass die Kontrollbürokratie ausgedehnt werden musste.

... befürworten den sofortigen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union.

Widerspruch "EU-Beitritt"



... wollen einen agrarpolitischen Sonderfall "Bio-Land-Schweiz" über eine radikale Ökologisierung der Landwirtschaft erzwingen. Ein EU-Beitritt würde jedoch die bedingungslose Übernahme der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU bedeuten.

... wollen die Landwirtschaft ausschliesslich mit Direktzahlungen unterstützen. Kein Land der EU verfolgt aber eine derart einseitige Agrarstrategie.

... fordern endlich EU-Preise für die Schweiz.

Widerspruch "EU-Preise"



... setzen im Inland mit Bio auf die teuerste Produktionsform, was die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Landwirtschaft erheblich beeinträchtigen würde.

... wollen möglichst viele kleine Betriebe erhalten (Strukturzermentierung) sowie den technischen Fortschritt unterbinden. Wie sollen mit dieser Strategie die Betriebe zu EU-Preisen produzieren können?

... verlangen Kostenwahrheit, d.h. eine Internalisierung der externen Kosten (Umwelt, Transport etc.).

... verlangen eine marktorientierte Produktion der Landwirtschaft.

Widerspruch "Markt"



... fordern mit ihrem Oeko-Dirigismus (planwirtschaftliche Auflagen) Produktionsstrukturen, welche den marktwirtschaftlichen Grundsätzen (Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage) nicht zu entsprechen vermögen. Studien gehen nämlich davon aus, dass das Bio-Segment maximal 20 % der gesamten Nahrungsmittelnachfrage ausmachen wird.

... propagieren mit ihren Ideen eine einseitige staatliche Öko-Produktionslenkung, welche der multifunktionalen Vielfaltigkeit der Schweiz (Topographie, Klima) nicht zu genügen vermag.

... bekämpfen die Einführung der Solidaritätsbeiträge (Marketing) und des Milchkontingentshandels, welche als marktwirtschaftliche Instrumente (Stärkung der Selbsthilfe und Eigenverantwortung) dazu beitragen, die Agrarmärkte zu stabilisieren.

... wollen den Konsumenten den Speisezettel vorschreiben. Die Konsumenten sollen nur noch Bio-Produkte kaufen können.

... werfen der inländischen Landwirtschaft eine hohe Umweltbelastung vor und verlangen zur Halbierung der Belastung die zwingende Umstellung auf biologischen Landbau.

Widerspruch "Ökologie"



... stellen sich vor, dass unsere Bio-Produkte in Europa verkauft und im Gegenzug billige Nahrungsmittel in die Schweiz importiert werden können (auf den Grenzschutz soll verzichtet werden). Entspricht das Herumtransportieren der Nahrungsmittel dem ökologischen Grundgedanken?

... befürworten einen Beitritt der Schweiz zum GATT/WTO. Die ökologischen Aspekte sind in

dieser freihandelsbezogenen Ordnung von untergeordneter Bedeutung.

... schweigen die Fortschritte, welche mit der neuen Agrarpolitik erreicht wurden, bewusst tot:

- Abnahme des Düngerverbrauchs in drei Jahren um 26 %.
- Abnahme des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln im Zeitraum 1989 - 1993 um 21 %.
- Abnahme der DGVE-Intensitäten (DGVE / ha LN) von 1.43 (1989) auf 1.29 (1993)
- 14'000 IP-Betriebe, die 17 % der LN nutzen (1993/94).
- 1'300 Bio-Betriebe, die 2 % der LN nutzen (1993/94).
- 30'000 Betriebe pflegen durchschnittlich 63 Hochstammobstbäume (1993/94).
- 15'400 Betriebe pflegen durchschnittlich 1.25 ha ökologische Ausgleichsflächen (1993/94).
- 56 % der Futtergetreide- und 28 % der Brotgetreideproduktion wurden 1993 gemäss extensivierenden Anbauvorschriften (keine Pestizide, keine Insektizide, keine Wachstumsregulatoren) angebaut.
- Bereits über 100'000 Grossvieheinheiten werden (Schätzung 1994) besonders tierfreundlich (Kontrollierte Freilandhaltung) gehalten.

Fazit: Das ökologische Anreizsystem nach Art. 31b LwG funktioniert.

... behaupten, die heute erhältlichen schweizerischen Nahrungsmittel sind nicht gesund und qualitativ ungenügend. Deshalb müsse die Landwirtschaft radikal auf Bio umgestellt werden.

Widerspruch "Qualität"



... wollen den EU-Beitritt oder zumindest offene Grenzen für Nahrungsmittel. Die Konsumenten sollen also möglichst billige Nahrungsmittel aus industrieller Produktion und Massentierhaltung aus dem Ausland kaufen können.

... werden von Coop unterstützt, welche nach eigenen Angaben über das modernste Labor zur strengen Kontrolle der Lebensmittelqualität verfügt. Offenbar erfüllen also Eier aus ausländischen Massentierhaltungen und Hors-sol-Produktionen die "strengen" Anforderungen von Coop.

... propagieren sozialpolitische Verantwortung.

Widerspruch "Sozial- und Sparpolitik"



... zeigen sich von einer asozialen Seite, indem der Berufsstand der Bauern von der inländischen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt (EU-Preise in einem hohen Kosten- und Lohnumfeld) und zu einer neuen Lebensphilosophie gezwungen werden soll.

... wollen bei den Bundesausgaben im Bereich der Landwirtschaft sparen, obwohl die Bauern mit der Einkommensentwicklung in der übrigen Wirtschaft seit geraumer Zeit nicht mehr mithalten können. Daneben soll die Landwirtschaft zusätzliche ökologische Leistungen erbringen, welche die Produktionskosten erhöhen.

... nehmen mit ihren agrarpolitischen Ideen ein "Zweiklassen-System" in Kauf. Finanziell besser gestellte Konsumentengruppen sind in der Lage, qualitativ

hochwertige Bio-Ware aus dem Inland zu erstehen. Auf der anderen Seite müssen weniger vermögende Familien mit importierten Massenprodukten von fraglicher Qualität vorlieb nehmen.

... verlangen die Mitsprache der Arbeitnehmer in den Unternehmen.

Widerspruch

"Zwang"

... wollen den Bauern eine Landwirtschaftspolitik aufzwingen, die diese gar nicht wollen. Dies vermag jedoch nicht zu erstaunen, denn der VKMB gehören weniger als 1000 Bauern an.



... wollen den Bauern mit dem Bio-Landbau nicht nur eine neue Produktionsform aufzwingen, sondern damit verbunden auch eine neue Lebenseinstellung bzw. -philosophie. Dieses Vorgehen ist umso erstaunlicher, als gerade die Gegner die offizielle Agrarpolitik mit Schlagworten wie "Zwang" oder "Planwirtschaft" in Misskredit bringen wollen.

**Wenn Sie eine Agrarpolitik wollen, die ein Ziel verfolgt und wirklich umwelt- und marktgerecht ausgestaltet wird, dann stimmen sie
3 x JA !**

Das hat Vorteile:

3 x JA wird von den Bauern mitgetragen.
Da wissen Sie, was Sie haben.

3 x JA für eine Agrarpolitik mit den Bauern
und nicht gegen die Bauern.

3 x JA für eine erfolgreiche Reform der Agrarpolitik.

